



EU – INFORMATIONEN
des EUROPE DIRECT
Informationsrelais
für die Region Mittlerer Nie-
derrhein und den Rhein-Erft-
Kreis

Ausgabe
Oktober 2006

Inhalt

Studie
„Die neue Europäische
Union: im vitalen
Interesse Deutschlands?“

Impressum

**Studie „Die neue Europäische Union : im vitalen Interes-
se Deutschlands?“**

Nicht zuletzt die Ablehnung der Europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden haben deutlich gemacht, dass viele Bürger den Europäischen Institutionen und der europäischen Politik vermehrt Misstrauen und oft sogar nur bloßes Desinteresse entgegen bringen. Auch in Deutschland werden in den Medien in jüngster Zeit häufig Schlagwörter wie „Teuro“ oder „Europamüdigkeit“ bemüht.

Ist die Europäische Union wirklich für viele Probleme (mit)verantwortlich, mit denen die Bundesrepublik zurzeit zu kämpfen hat? Nutzt uns die Mitgliedschaft tatsächlich oder kostet sie uns „unterm Strich“ mehr als sie uns nützt? Die Europa-Union Deutschland und das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland, beides unabhängige und überparteiliche Organisationen, die sich für die Europäische Integration einsetzen, wollten diesen Fragen auf den Grund gehen und haben eine Studie in Auftrag gegeben, die versucht, eine wissenschaftlich abgesicherte Einschätzung über Kosten und Nutzen der deutschen EU-Mitgliedschaft zu liefern. Herausgeber des Berichtes sind Prof. Wolfgang Wesels und Dr. Udo Diedrichs vom Jean Monnet Lehrstuhl für Politische Wissenschaft der Universität Köln.

Die Studie besteht aus sechs Themenschwerpunkten. Nutzen und Kosten von Deutschlands EU-Mitgliedschaft werden von vielen verschiedenen Seiten aus analysiert. So werden der Wirtschaftsstandort Deutschland unter die Lupe genommen, die Bedeutung des Euros dargelegt und die Effekte der EU auf den deutschen Arbeitsmarkt untersucht. Ferner werden die Rolle der Bundesrepublik als Nettozahler hinterfragt und die Bedeutung einer europäischen Außenpolitik näher betrachtet. Im letzten Kapitel versuchen die Autoren aufgrund der gesammelten Erkenntnisse, Strategien für eine zukünftige Europapolitik Deutschlands zu entwickeln:

1. Wirtschaftsstandort Deutschland: die Auswirkungen des EU-Binnenmarktes auf die deutsche Wirtschaft

Der Bericht konstatiert, dass der Standort Deutschland vom europäischen Binnenmarkt grundlegend profitiert habe. Auch wenn dieser Effekt vielleicht schwächer als in anderen Mitgliedstaaten ausgefallen sei, so liege er doch bei 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts (kurz BIP).

Aufgrund seiner geographischen Nähe zu den Ländern Mittel- und Osteuropas werde Deutschland wahrscheinlich stärker als andere Staaten der Union von der EU-Erweiterung profitieren. Um das zu erreichen, solle sich die Bundesrepublik allerdings konsequenter den neuen Mitgliedsländern öffnen, um so gerade mittelfristig von der wachsenden Nachfrage nach human- und kapitalintensiven Produkten zu profitieren.

Natürlich müssen die Gefahren einer EU-Osterweiterung, so die Autoren, wie die Verlagerung von arbeitsintensiver Produktion und die Abwanderung ausländischer Investoren in die mittel- und osteuropäischen Länder berücksichtigt werden. Gleichzeitig dürfe man dabei aber nicht vergessen, dass „Outsourcing“, hier im besonderen Maße die Verlagerung der Fertigung löhncostenintensiver Teile ins Ausland, ohne die Notwendigkeit von Direktinvestitionen, nicht zuletzt auch für den deutschen Mittelstand eine große Chance darstelle.

Um vom Beitritt der neuen Länder besser profitieren zu können, müsse Deutschland die Vorteile seines Standortes bei wissens- und technologieintensiven Produkten und Dienstleistungen stärker nutzen. Besonders wichtig sei hierbei die zielgerichtete und kontinuierliche Investition in das Fundament dieser –nicht naturgegebenen und automatisch andauernden- Vorteile: Aus- und Weiterbildung, Angewandte und Grundlagenforschung in Hochschulen, Forschungseinrichtungen, aber auch in der Wirtschaft.

2. Deutschland und der Euro: die Bedeutung des einheitlichen Währungsraumes

Die Befürchtung, eine gemeinsame Währung von traditionellen Weichwährungsländern, wäre für ein Hartwährungsland wie Deutschland mit einem Verlust der Währungsstabilität verbunden, hat sich nicht bestätigt. Der Euro ist eine stabile Währung – nach innen und außen.

Zwar lag die gefühlte Inflation bei der deutschen Bevölkerung 2002 weit über der tatsächlichen, der „Teuro“ war geboren, sie ist aber inzwischen tendenziell rückläufig. Tatsächlich sorgte die hohe Preisstabilität schon früh für Vertrauen auf den Märkten. Die Teuerungsrate der Verbraucherpreise liegt seit 2000 europaweit bei rund 2 %, in Deutschland sogar bei nur 1,5 %.

Weitere messbare Ergebnisse der Euro-Einführung sind neben dem deutlichen innereuropäischen Handelseffekt, die stark zugenommene Ausfuhr Deutschlands in Länder außerhalb des Euroraums seit dem Beginn der Währungsunion. Außerdem verstärkt der Euro die handelsmäßigen Verflechtungen zwischen den Mitgliedstaaten.

Die Defizitquote im Euroraum hat sich dank des Stabilitäts- und Wirtschaftspakts verringert. Trotz schwacher wirtschaftlicher Entwicklungen haben sich die meisten Mitgliedstaaten mit großer finanzpolitischer Disziplin um die Einhaltung der Defizitgrenze und eine Verringerung der Schulden bemüht. Deutschland jedoch hat in den letzten Jahren die Defizitgrenze überschritten und die Schuldenquote erhöht.

Überhaupt ist Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht, zunehmend das Sorgenkind Europas. Zwar wuchs die gesamtwirtschaftliche Produktion jährlich zwischen 1999 und 2004 mit 1,4 bzw. 1,3 %, sie war damit aber deutlich niedriger als im restlichen Euroraum. Mit einem relativ schwachen wirtschaftlichen Wachstum entwickelte sich auch die Lage am Arbeitsmarkt ungünstig. Die Arbeitslosigkeit blieb hoch.

Die im internationalen Vergleich ungünstige realwirtschaftliche Entwicklung im Euroraum und vor allem in Deutschland wird verschiedentlich mit der gemeinsamen Währung assoziiert. Laut den Autoren ist dies jedoch eine vordergründige Beurteilung. Vielmehr stehe dem Erfolg eines stabilen Euro eine in den vergangenen Jahren enttäuschende realwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik gegenüber. Die Studie empfiehlt dringend, die Angebotsbedingungen in Deutschland zu verbessern. Dazu müsse die Bundesregierung Maßnahmen auf Steuer- und Ausgaben-seite durchführen. Der Stabilitätspakt erhöhe ebenfalls den Druck, marktwirtschaftliche Reformen in Deutschland so schnell wie möglich in Angriff zu nehmen.

3. Arbeitsmarkt Deutschland: Effekte der EU-Mitgliedschaft

In den Jahren vor der EU-Osterweiterung war die Befürchtung groß, dass diese mit einer massiven Abwanderung von Unternehmen in die mittel- und osteuropä-

ischen Länder einhergehe, während umgekehrt Arbeitskräfte aus diesen Ländern nach Deutschland einströmten. Dies ist nicht eingetreten. Die Abwanderung von Unternehmen gab es schon vor der Erweiterung, und dieser Prozess hat sich seit 2004 nicht beschleunigt. Ebenso wenig ist es bislang zu großen Migrationen von Arbeitskräften aus osteuropäischen Ländern gekommen. Wenn überhaupt, so die Verfasser, dann sei diese Migration von temporärer Art, aber nicht permanent.

Die Einflüsse der EU auf den deutschen Arbeitsmarkt scheinen eher mittel- und langfristig zu wirken und beziehen sich stärker auf qualitative, denn quantitative Aspekte. Deutschland als kontinental-europäischer Sozialstaatstypus schwächelt in wirtschaftlicher Hinsicht im Vergleich mit den Performanzwerten von Ländern, die dem angelsächsischen Typus (UK + Irland) bzw. dem skandinavischen Typus (Norwegen, Schweden, Dänemark) angehören. Diese Länder weisen wesentlich höhere Wachstumsraten des Sozialprodukts und bessere Arbeitsmarktwerte, auch im Hinblick auf die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit, auf. Die oben genannten Länder haben bereits eine Umorientierung des Sozialstaates vollzogen. Sozialpolitik muss aktivierend und investiv ausgerichtet sein, die „Employability“ des Arbeitskräftepotenzials erhöht werden. Deutschland solle sich, so die Studie, bei der mehr als überfälligen Umorientierung seines Sozialstaates ein Beispiel an seinen erfolgreichen Nachbarn nehmen.

Während in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern die Bevölkerung langsam wächst, ist die Entwicklung in Deutschland rückläufig. Vor dem Hintergrund einer alternden, schrumpfenden Bevölkerung muss die Bundesrepublik ihre Erwerbspotenziale besser nutzen, die Sozialschutzsysteme optimieren und sie den veränderten Bedingungen anpassen.

Eine unabdingbare Voraussetzung für sozialen Fortschritt in der EU, so die Autoren, sei eine gezielte Wachstumspolitik. Diese Wachstumspolitik könne nicht gegen die Prozesse der Europäisierung, Internationalisierung und Globalisierung durchgesetzt werden, sondern müsse ihr im Gegenteil in besonderem Maße Rechnung tragen.

Zusätzlich aber bleibe der Politik vermehrt die Aufgabe, sich stärker mit den Problemen, die sich aus neuen sozialen Ungleichheiten sowie Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung ergeben, auseinanderzusetzen.

4. Nettozahler Deutschland? Eine ehrliche Kosten-Nutzen-Rechnung

Besonders von Kritikern der EU wird gerne Deutschlands Rolle als größter Nettobeitragszahler angeführt. Vergessen wird dabei sehr oft, dass dies für die absoluten Beiträge zum EU-Haushalt zwar stimmen mag, der Nettobeitrag pro Kopf im Jahr 2004 z.B. jedoch nur bei 87 Euro lag. Damit befinden wir uns hinter den Niederlanden und Schweden auf Platz 3.

Bei einer umfassenden Kosten-Nutzen-Analyse der EU-Mitgliedschaft für Deutschland, darf man sein Augen-

merk aber nicht allein auf die Finanzströme richten, sondern muss unbedingt den ökonomischen Nutzen der friedlichen Nachkriegsordnung einbeziehen. Diese ungeheuer nützliche Entwicklung für die EU und Deutschland ist nicht von der Hand zu weisen.

Die EU finanziert sich durch Einnahmen aus Agrarschöpfungen, Zöllen auf Handel mit Drittländern, MWSt.-Eigenmittel (seit 1979) und seit 1987 durch Einnahmen auf Basis des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedstaaten, kurz BNE.

Der Anteil Deutschlands an EU-Eigenmitteln und Ausgaben der EU ist im Laufe der Zeit in absoluten Zahlen gestiegen. Im Jahre 2004 erhält Deutschland aus dem EU-Budget 0,5 % des BIP und zahlt 0,91 % seines BIP.

Allerdings ist der relative Anteil Deutschlands an den Agrarausgaben zwischen 1992 und 2004 von 15 % auf 13,4 zurückgegangen. Insgesamt haben sich die Nettogesamtausgaben der Bundesrepublik von 10,4 Mrd. 1996 auf 7,1 Mrd. 2004 reduziert. Im Gegenzug nahmen der französische und niederländische Nettoanteil zu.

Unten aufgeführte Daten machen deutlich, dass es am

	1992	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Agrarsubventionen	15,0	15,6	14,0	14,1	15,7	13,2	13,9
Strukturfonds	12,5	11,1	13,6	16,2	14,7	13,3	13,6
Interne Politiken (F&E, Euratom ...)	13,1	15,2	15,8	14,9	22,6	16,4	14,7
Verwaltung	3,3	3,4	3,5	3,4	3,2	3,3	3,2
<i>Ausgaben insgesamt</i>	<i>13,6</i>	<i>13,1</i>	<i>13,4</i>	<i>14,2</i>	<i>15,2</i>	<i>12,9</i>	<i>12,8</i>
Traditionelle Eigenmittel	29,6	26,8	22,0	21,6	21,3	21,1	19,6
Einbehaltene Eigenmittel als Erhebungsaufwand	29,6	26,8	22,0	21,6	21,5	21,1	19,6
Mehrwertsteuereigenmittel	29,7	32,9	25,0	22,6	21,3	22,5	18,9
Korrektur für das Vereinigte Königreich*	21,9	26,6	20,5	19,8	7,2	8,4	6,7
BNE-Eigenmittel	26,6	29,6	23,8	23,0	22,9	22,8	21,5
<i>Einnahmen insgesamt</i>	<i>30,2</i>	<i>31,4</i>	<i>24,8</i>	<i>24,4</i>	<i>22,6</i>	<i>23,0</i>	<i>21,3</i>

Deutscher Anteil an den gesamten EU-Eigenmitteln und Ausgaben in Prozent

Ende oftmals doch (nur) um Zahlen geht. Die Autoren vertreten die Auffassung, dass es in der europäischen Haushaltsdebatte vordergründig vielleicht häufig um eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Sinnhaftigkeit europäischer Politik gehen möge, in vielen Fällen sich hier aber allein blanke Verteilungsinteressen ausdrückten. In Brüssel wird sehr genau gerechnet. Jeder möchte wissen, wie viel er in den gemeinsamen Topf einzahlt und was ihm letztlich daraus zusteht.

Lässt man so bei einer Beurteilung der Kosten und Nutzen also Faktoren wie Frieden und Stabilität außer Acht, so kann man trotzdem feststellen, dass sich für Deutschland die EU-Mitgliedschaft lohnt. In Zahlen ausgedrückt: Die Bundesrepublik profitiert überproportional von der zunehmenden Marktintegration, die fiskalischen Kosten machen sich dabei relativ bescheiden aus. Deutschlands Nettobeitrag am EU-Haushalt belief sich 1999-2003 auf 0,46 % des BIP, der dauer-

hafte Wachstumseffekt des gemeinsamen Marktes wird dagegen auf 0,6 – 0,8 % veranschlagt.

Allerdings mahnen die Autoren der Studie an, dass weite Teile des EU-Haushalts für ineffiziente Programme verwendet würden. Der wirtschaftliche Vorteil der europäischen Integration könne gesteigert werden, wenn die bestehende Umverteilungspolitik geändert werden würde.

5. Deutschland in der EU und in der Welt: Von den Kosten und Nutzen einer europäisierten Außenpolitik

Wie misst man den Nutzen der Beteiligung an außen- und sicherheitspolitischen Organisationen? Eine verhinderte Krise, ein nicht ausgebrochener Konflikt, ein unterbundener Krieg sind nur schwer in Zahlen darstellbar.

Anders als noch zur Zeit des Kalten Krieges wird die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren bestimmt: Regionale Krisen und Konflikte, ethnische Spannungen, religiöser Fanatismus, politischer Extremismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und nicht zuletzt Terrorismus.

Wie beurteilt man, fragen die Verfasser, all dies im Auge behaltend, Kosten und Nutzen einer europäisierten Außenpolitik?

Zu allererst kann man Folgendes festhalten: Die Deutschen haben die Einbettung ihres Landes im Rahmen europäischer und atlantischer Organisationen und Bündnisse als ein Mittel der internationalen Aufwertung und Gleichberechtigung wahrgenommen und nicht wie in manch anderem Mitgliedstaat als die Unterwerfung unter eine fremde Autorität.

Dank dieser Einbindung konnte die Bundesrepublik stark in ihre eigene ökonomische und politische Stabilität und Prosperität investieren. Deutschlands Möglichkeiten auf internationalem Parkett eine größere Rolle zu spielen haben sich im Rahmen seiner EU-Mitgliedschaft vergrößert. Die Wiedervereinigung wäre ohne diese langjährige Einbindung sicherlich nicht möglich gewesen.

Der deutschen Bevölkerung ist die Bedeutung der EU-Mitgliedschaft in diesem Zusammenhang durchaus bewusst. 78 % unterstützen laut einer Umfrage (Eurobarometer) im Frühjahr 2005 eine gemeinsame Außenpolitik, sogar 85% befürworten eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. „Die Grenzen Deutschlands“, so hat es der frühere Verteidigungsminister Peter Struck einmal ausgedrückt, „werden heutzutage auch am Hindukusch verteidigt“. Die Erkenntnis, dass dies nur in einer gemeinsamen europäischen Anstrengung gelingen kann, hat sich durchgesetzt.

Die Kosten für die Mitwirkung an europäischer und atlantischer organisierter Außen- und Sicherheitspolitik, so die Autoren, seien kurz- und mittelfristig vor allem von politischer und administrativer Natur. Langfristig werde man akzeptieren müssen, dass eine gemeinschaftliche

Position der EU-Außenpolitik von den eigenen Präferenzen abweichen könne.

Dem gegenüber stehen die Stabilitäts-, Kooperations-, Effektivitäts- und Legitimationsgewinne, die Deutschland allein nicht mobilisieren könne. Inner- und nicht außerhalb internationaler Organisationen wie der EU und der Nato wäre deutsche Außenpolitik dazu in der Lage gewesen, ihren Einfluss auszuweiten und ihre Verantwortung zu erhöhen.

Weitere Kosten für eine gemeinsame europäische Außenpolitik lägen für Deutschland aber auch in einer solidarischen, kooperativen Vorgehensweise, die auch die Belange der kleineren EU-Partner mit einbeziehe. Zudem werde Deutschland auch zur Übernahme einer größeren internationalen Verantwortung bereit sein müssen, die finanzielle aber auch militärische Beteiligung an Krisenmanagementoperationen umschließe.

6. Deutsche Europapolitik – Strategien für einen Wegweiser: Verstärkter Nutzen durch verbesserte Integration?

Die Autoren unterstreichen zunächst die vitale Bedeutung der EU für Deutschland. Sie stelle einen zentralen Ordnungs-, Handlungs-, und Gestaltungsrahmen dar, der durch die Globalisierung sogar noch weiter gewachsen sei. Das jedoch heiße nicht, dass man sich nicht durchaus kritisch mit der europäischen Integration auseinandersetzen dürfe. Eine kritische Beleuchtung des Brüsseler Apparats sei keine „Majestätsbeleidigung“. Angesichts der aktuellen Lage der Union, scheint diese konstruktiv-kritische Haltung in der Tat auch angebracht:

Die EU-Verfassung ist in Frankreich und in den Niederlanden gescheitert, in Brüssel wird jedoch über eine weitere Erweiterung der EU diskutiert. Die Situation, in der sich europäische Politik zurzeit befindet, scheint einem Spagat gleichzukommen, aus dem man nur mühsam wieder zurück in eine bequeme Position findet. Die Autoren glauben, dass in Zukunft viel davon abhängen werde, ob man es schaffe, die Zivilgesellschaft mit ins gemeinsame europäische Boot zu holen. Die Bundesrepublik, jahrelang zusammen mit Frankreich ein wichtiger Motor des europäischen Einigungsprozesses, hat aufgrund ihrer strukturellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten an Antriebskraft verloren.

Nicht nur in Deutschland fragt man sich, auch unsere europäischen Partner möchten gerne wissen, ob wir es schaffen werden, unsere Probleme zu lösen. Die ökonomische Fähigkeit, aber auch der politische Wille das Land für die Zukunft fit zu machen, stehen auf dem Prüfstand.

Die Autoren gehen bei dieser Beurteilung hart ins Gericht: Das eigentliche Defizit der BRD sei kein budgetäres, sondern ein mentales wie materielles: Mangelnde Reform- und Anpassungsfähigkeit der öffentlichen Hand auf allen Ebenen, fehlende wirtschaftliche Dynamik und überholte Anspruchsmentalität.

Im Januar 2007 übernimmt Deutschland den Europäischen Ratsvorsitz. Eine große Chance, nicht nur um den stockenden europäischen Motor wieder in Gang zu bringen, sondern auch, um den eigenen Interessen besseres Gehör zu verschaffen. Um dies zu erreichen, müsse deutsche Europapolitik viel stärker als bisher zentralisiert werden. Die Installierung eines Europaministers könne, so die Autoren, ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Gleichzeitig weisen sie aber auch darauf hin, dass die Vorschläge der Föderalismuskommission wenig Hoffnung gäben, dass sich die Effizienz der Vertretung deutscher Interessen auf EU-Ebene verbessere. Im Gegenteil, das Vertretungswirrwarr werde sogar noch zunehmen. Die Studie drückt den Wunsch aus, dass sich in Zukunft weit weniger Akteure an deutscher Europapolitik beteiligen, so dass diese als eine „abgestimmte Gesamtpolitik“ sichtbar werden könne.

Wie soll es also weitergehen mit der EU, und welche Rolle soll Deutschland darin einnehmen?

Unerlässlich sei, so der Bericht, dass Deutschland seine Reformpolitik entschiedener vorantreibe und in diesem Zuge auch seine Europafähigkeit nicht nur erhalte, sondern auch ausbaue und erweitere. Bestehende Möglichkeiten des EU-Vertragswerkes seien besser zu nutzen und auszudehnen. Mittelfristige Visionen und Angebote für ein neues Verhandlungspaket, auch bezogen auf eine europäische Verfassung, sollen anvisiert werden. Die Autoren hoffen, dass Deutschland bei diesen neuen Anläufen die Rolle eines Wegweisers übernehmen können wird.



rhein
kreis
neuss

EUROPE DIRECT Informationsrelais Mittlerer Niederrhein
Rhein-Kreis Neuss - Europabüro
Leiterin Frau Ruth Harte
Oberstraße 91
41460 Neuss

Tel.: 02131/928-7600
Fax: 02131/928-7699
e-mail: ruth.harte@rhein-kreis-neuss.de